

Frankreich und seine zukünftige Stellung in der NATO – eine politische, keine militärische Debatte

Jean-Pierre Maulny

Als der französische Präsident Nicolas Sarkozy am 27. August 2007 vor der Botschafterversammlung von einer notwendigen Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Frankreich und der NATO sprach, gab er damit der französischen Debatte über eine mögliche Rückkehr in die integrierte Militärstruktur der NATO neuen Anstoß. Von Außen betrachtet kann der Status Frankreichs in der NATO anachronistisch, ja gar seltsam anmuten. Warum will Frankreich in dieser Organisation um jeden Preis einen Sonderstatus bewahren? Diese Haltung wird in der Regel auf ein Misstrauen gegenüber den USA zurückgeführt. Sie kann aber gerade in Hinblick auf die französische Versicherung, das Projekt der Europäischen Verteidigung sei mit der NATO kompatibel, skeptisch stimmen. Auch die Kritik, ja Nörgelei Frankreichs und sein Widerstand gegen zahlreiche Projekte zur Weiterentwicklung der NATO können irritieren.

Zudem hört man oft den Vorwurf, die französische Distanz zum Atlantikpakt könne dem Dialog zwischen NATO und EU Schaden zufügen. Wo aber liegt denn nun eigentlich genau das Problem?

Jean-Pierre Maulny ist stellvertretender Leiter des Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS)

Warum verhält sich unser Land in der NATO wie die unbeugsamen Gallier im Kampf gegen die Römer in der berühmten Comicserie Asterix?

Gründe für den französischen Sonderweg

Tatsächlich kann man den französischen Sonderweg nur verstehen, wenn man sich die Gründe des Austritts Frankreichs aus der integrierten Militärstruktur vor Augen hält und das schwierige (aber nicht zwangsläufig konfliktgeladene) Verhältnis zwischen Frankreich und den USA in seine Überlegungen mit einbezieht.

Frankreich ist am 7. März 1966 aus der integrierten Militärstruktur der NATO ausgetreten, gleichzeitig jedoch Mitglied des Atlantikpaktes geblieben. Die Amerikaner waren damals darum bemüht, angesichts des strategischen nuklearen Gleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion der Pattsituation der gesicherten gegenseitigen Zerstörung (Mutual Assured Destruction = MAD) durch die Entwicklung der Strategie der „flexiblen Reaktion“ entgegenzutreten. Auf Europa angewandt bedeutete dies, dass die Amerikaner in ihrem Bestreben, einen strategischen nuklearen Schlagabtausch zwischen den USA und der UdSSR zu vermeiden, die Gefahr eines Konflikts in Mitteleuropa – mit, falls nötig, dem

Einsatz taktischer Nuklearwaffen – in Kauf nehmen. Die französischen Grundsätze zur Anwendung der Atomwaffe waren davon völlig verschieden. Unsere Strategie sah vor, im Falle eines Konflikts mit der Sowjetunion von Anfang an auf Abschreckung zu setzen. So wurde ein Rückzug aus dem Nuklearwaffenprogramm der NATO unumgänglich, und da das Verteidigungskonzept der NATO den Gebrauch konventioneller und atomarer Waffen verbindet, zog dies automatisch den Austritt aus der integrierten Militärstruktur nach sich.

Veränderungen seit dem Ende des kalten Krieges

Seit dem Ende des Kalten Krieges stellt sich die Frage unseres Verhältnisses zur NATO anders dar. Frankreich hat von Anfang an dem Aufbau einer *europäischen* Verteidigung als eines zentralen Bausteins für ein politisch vereintes Europas den Vorzug gegeben. Die Grundlagen dazu wurden im Maastricht-Vertrag im Jahre 1992 gelegt. Die europäischen Partner Frankreichs wollten dagegen die kollektive Sicherheit weiterhin der NATO überlassen, in erster Linie aufgrund der Präsenz der USA, und so wurde in der Folge die Mission der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auf Krisenmanagement – die sogenannten „Petersberger Aufgaben“ – beschränkt.

Ein erster Versuch der Rückkehr in die integrierte Militärstruktur fand zwischen 1995 und 1997 auf Initiative des damaligen Präsidenten Jacques Chirac statt. Der Versuch scheiterte an der amerikanischen Weigerung, Frankreich das Kommando Süd der NATO zu überlassen. So kam es zu keiner Neugewichtung zugunsten der Europäer.

Nach diesem Zwischenspiel beschleunigte sich der Aufbau der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Von Dezember 1998 bis Dezember 2003 entstand der Rahmen, den die EU zur Durchführung eigenständiger militärischer Aktionen benötigte. So wurden die politischen und militärischen Entscheidungsstrukturen geschaffen und eine europäische Sicherheitsstrategie ausgearbeitet. Seit dem 1. Januar 2003 sind im Rahmen der ESVP 16 militärische und zivilmilitärische Operationen durchgeführt worden. Bei einigen Aktionen

wurde über den sogenannten „Berlin-Plus“-Mechanismus auf die operativen Planungs-kapazitäten und die Befehlskette der NATO zurückgegriffen (es handelte sich dabei in erster Linie um militärische Großeinsätze).

Aufstockung der NATO-Beteiligung

Parallel dazu hat Frankreich seit 1989 seine Beteiligung an der NATO schrittweise aufgestockt, und das unabhängig von der jeweiligen Parlaments- oder Regierungsmehrheit. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Zahl der militärischen Einsätze in Drittstaaten in den Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges stark zugenommen hat und Frankreich sich mehrfach veranlasst sah, an von der NATO geführten Operationen teilzunehmen. Die Notwendigkeit einer „Interoperabilität“ machte eine Annäherung unvermeidlich, und der französische Sonderweg in der NATO verlor an Bedeutung.

So ist unser Land heute in zahlreichen NATO-Strukturen präsent, mit Ausnahme von zwei: der nuklearen Planungsgruppe und dem Ausschuss für Verteidigungsplanung, der für die strategische Planung zuständig ist (d. h. die Planung der Kapazitäten, die für die Umsetzung der Einsatzszenarien benötigt werden). Außerdem ist Frankreich weiterhin nicht Teil der ständigen Befehlskette, die die eigentliche integrierte Militärstruktur bildet.

Dagegen entsendet Frankreich Offiziere in die *Allied Command Transformation*, die auf dem Prager Gipfel 2002 gegründet wurde, und stellt Truppen für die *Nato Response Force* (NRF) zur Verfügung, in der die einsatzbereiten Truppen nach einem Turnusprinzip rotieren. Heute ist unser Land der drittgrößte Truppenlieferant der NATO und ihr viergrößter Geldgeber.

Eine politische, keine militärische Debatte

Die aktuelle französische Debatte über die Rückkehr Frankreichs in die integrierte Militärstruktur ist somit politischer und nicht technischer Natur. Seit 1966 hat keine Partei in Frankreich im französischen Sonderstatus in der NATO ein Handicap für diese Organisation gesehen – ein Vorwurf, den wir in der Regel von unseren europäischen Partnern zu hören bekommen. Tatsächlich sind schon seit 1967 und den Ailleret-Lemnitzer-Abkommen die

Kontakte zwischen den Generalstäben für den Fall eines Konfliktes in Europa genau geregelt. Während der Zeit des Kalten Krieges stand Frankreich in sämtlichen Krisen an der Seite seiner Partner des Atlantikpaktes, und auch die Rede des Präsidenten François Mitterrand vor dem Bundestag, in dem er sich klar für die „Euromissiles“ aussprach, ist vielen in Erinnerung geblieben.

Es handelt sich also um eine politische Debatte, in die zahlreiche Faktoren mit hineinspielen. Erstens geht es um den Einfluss Frankreichs in der NATO. Für die einen würde eine Rückkehr Frankreichs in die integrierte Militärstruktur unserem Land einen stärkeren Einfluss in der NATO sichern – für die anderen fällt dieser Punkt kaum ins Gewicht. Letztere argumentieren mit der Kosovo-Krise 1999, als Frankreich trotz seines Sonderstatus die Grenzen des Luftangriffplanes der NATO bestimmte, indem es sich weigerte, die Brücken der Donau und die Häfen von Montenegro zu bombardieren.

Zweiter Faktor ist das durch den französischen Sonderstatus ausgelöste Misstrauen unserer europäischen Partner gegenüber der ESVP. Dieser Punkt ist weitaus schwerwiegender, denn Frankreich kann das europäische Verteidigungsbündnis nicht alleine aufbauen, es braucht seine Partner und muss sie überzeugen. Die französischen Politiker nehmen dieses Argument entsprechend ernst. Für eine Entscheidung zugunsten einer Neudefinition des französischen Status reicht es jedoch alleine nicht aus.

Drittens geht es in dieser Debatte um die Frage, wie eine eventuelle Rückkehr Frankreichs in die integrierte Militärstruktur politisch interpretiert werden muss. Auch dies ist ein zentraler Punkt, der keinesfalls vernachlässigt werden darf. Er rührt an die historische Kultur Frankreichs. Der Austritt aus der integrierten Militärstruktur der NATO im Jahre 1966 hatte zum Zweck, der französischen Politik eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu sichern. Dementsprechend würde eine heutige Rückkehr in die Militärstruktur wie eine Annäherung an die amerikanische Politik gelesen, und das zu einem Zeitpunkt, in dem die Neo-Konservativen in den USA an der Regierung sind und im Irak und in Afghanistan vor dem

Scheitern stehen. Dieser Punkt wurde insbesondere vom ehemaligen französischen Außenminister Hubert Védrine als Argument *gegen* eine bedingungslose Rückkehr in die integrierte Militärstruktur der NATO vorgebracht.

Eines steht fest: Die Diskussion über einen Wiedereintritt in die Militärstruktur ist heute in Frankreich in vollem Gange. Im Grunde sind sich vom Präsidenten über die Regierungspartei bis zur Opposition alle einig, dass es sich um eine politische Frage handelt und nicht um die Möglichkeit eines Effizienzgewinns der NATO durch eine eventuelle Rückkehr Frankreichs. Eine Zunahme des politischen Einflusses des Atlantikpaktes sähen die Franzosen wahrscheinlich mit Skepsis – selbst diejenigen, die sich grundsätzlich *für* einen Wiedereintritt Frankreichs aussprechen. Tatsächlich ist man sich hier weitgehend einig, dass es heute – mit oder ohne NATO – in erster Linie darum geht, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Von rechts bis links herrscht ein breiter Konsens darüber, dass eine Rückkehr Frankreichs in die integrierte Militärstruktur der NATO an die Bedingung einer Stärkung der ESVP geknüpft werden muss. Konkret bedeutet dies zum Beispiel, dass die Schaffung einer operativen Planungszelle und einer Befehlskette für EU-Einsätze von allen Betroffenen akzeptiert werden muss. Gleichzeitig würde es im weiteren Sinne auf eine NATO-interne Neugewichtung zugunsten der Europäer hinauslaufen – ein Schritt, der einer tiefgehenden Neuerung der NATO gleichkäme. Der einzige Unterschied zwischen den rechten und linken Parteien in Frankreich ist letztendlich der, dass die Linke in ihrer großen Mehrheit damit rechnet, dass die Amerikaner eine Weiterentwicklung der ESVP nie akzeptieren werden und dass der politische Preis, den Frankreich für seinen Wiedereintritt zu bezahlen hätte, am Ende die zu erwarteten Gewinne überträfe.

Der Inhalt dieses Beitrags gibt nicht unbedingt die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.

Verantwortlich: Ernst Hillebrand, FES Paris